Sozialdemokratische Partei
Adliswil

Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat
Sitzung vom Mittwoch, 7. Februar 2024

Von Wolfgang Liedtke

Die erste Gemeinderatssitzung im neuen Jahr versprach, sehr kurz zu werden. Neben den Einbürgerungen waren nur zwei Geschäfte traktandiert.

Mitteilungen
Als Antwort auf einen Leserbrief von Wolfgang Liedtke erläuterte Karin Fein in einer persönlichen Erklärung die Voraussetzungen für einen Gemeinde-Fond zugunsten preisgünstiger Wohnungen.

Fragestunde
Reglement der Wasserversorgung
Martial Jacoma (Die Mitte) erkundigte sich mit Bezug auf das städtische „Reglement über die Wasserversorgung“ aus dem Jahr 1989, welcher Betrag jährlich für den Einkauf in die Wasserversorgung in Rechnung gestellt wird und welchen Anteil diese Einkaufsgebühren an den Kosten für die Wasserversorgung ausmacht?
Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) teilte mit, dass im 11jährigen Durchschnitt CHF 709‘000 in Rechnung gestellt wurden, gleichzeitig im Durchschnitt CHF 1‘903‘000 jährlich investiert wurden.
Ausserdem erkundigte sich der Fragesteller, ob eine Überarbeitung des Reglements in absehbarer Zeit vorgesehen werde, damit wie in anderen Gemeinden die Art des Umbaus oder die Umbaukosten als Grundlage für die Berechnung der Einkaufsgebühr herangezogen werden können. Die Stadträtin antwortete, dass bisher die Abschreibung auf fünfzig Jahre als Grundlage genommen wurde. Diese wurden pro rata der zurückliegenden Zeit seit der letzten Zahlung erhoben. Aktuell werde das Reglement jedoch überarbeitet, die Gebühren sollen dann analog wie bei der Verordnung über Abwasseranlagen erfolgen.

Neues Nutzungskonzept für die Tiefgarage Zentrum
Nachdem 16 Einbürgerungsanträge gutgeheissen worden waren, beriet das Parlament ein Postulat aus der Fraktion Mitte-GLP-EVP zu einem neuen Nutzungskonzept der Tiefgarage unter dem Busbahnhof. Das Postulat war vom Stadtrat geprüft worden und er erklärte sich zur Annahme bereit.
Die Postulanten bemängelten, dass die Tiefgarage schlecht genutzt werde. Nachdem jetzt seit 2020 Nutzungszahlen erhoben worden seien, sollte nun ein Nutzungskonzept erstellt werden, um die Belegung der Tiefgarage zu verbessern. Dabei solle auch die Vermietung von Park&Ride-Parkplätzen an private Nutzer sowie die Einrichtung von Kundenparkplätzen für das Gewerbe in Betracht gezogen werden. Im Gegenzug sollten die Längsparkplätze an der Albisstrasse beseitigt werden.
Angela Broggini (Grüne) begrüsste das Postulat und regte ein Parkleitsystem in Adliswil an, um eine bessere Ausnutzung der Tiefgarage zu erreichen. Heinz Geissler (FDP) sprach sich gegen Park&Ride-Parkplätze aus, weil sie Mehrverkehr verursachen würden.
Wolfgang Liedtke (SP) argumentierte wie folgt:
Ich möchte den Unterzeichnern für das Postulat, das ein wichtiges Thema aufgreift, danken. Es ist wahr, der Bau der Tiefgarage hat viel Geld verschlungen. Es ist stossend, dass der geschaffene Parkraum schlecht genutzt wird. Die Vorschläge, die die Postulanten dazu formulieren, kann ich unterstützen: nämlich

- *die Vermietung von Park&Ride-Parkplätzen in der Tiefgarage an Private*

- *die Auflösung der fünf Längsparkplätze an der Albisstrasse, eventuell durch Einrichtung von Kundenparkplätzen in der Tiefgarage. Aber ich möchte hinzufügen: auch die beiden Längsparkplätze in der Florastrasse sollten aufgelöst werden.*

Die genannten Längsparkplätze befinden sich ausnahmslos auf dem Trottoir, was gleich mehrere Probleme hervorruft:

1. *Das Trottoir wird durch die Parkplätze verengt, so dass das Passieren von Fussgängern, besonders wenn sie mit Kinderwagen, Rollstühlen oder Rollatoren unterwegs sind, erschwert wird - etwa vor dem Haus Albisstrasse 4, wo zusätzlich noch Stufen in das Trottoir hineinragen.*
2. *Diese Parkplätze unterbrechen für Sehbehinderte und Blinde die taktile Längsführung durch den Trottoir-Rand. Sie stehen also im Widerspruch zum Ziel eines behindertengerechten öffentlichen Raums.*
3. *Die Reduktion des Raums, der für die Fussgänger zur Verfügung steht, vermindert die Aufenthaltsqualität für die Bevölkerung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Postulat von Martin Rüttimann und andere vom September 2020 zur Aufwertung des Zentrums.*

Ich begrüsse die Überlegungen des Stadtrates, Parkplätze für Car-Sharing-Angebote wie Mobility in der Tiefgarage in Betracht zu ziehen.

Das Postulat streift doch ein Problem, das wir immer wieder hier im Grossen Gemeinderat diskutiert haben. Die meisten Adliswilerinnen und Adliswiler bevorzugen die bequemste Art der Fortbewegung innerhalb unseres Ortes. Und wenn man einmal mit dem Auto in das Zentrum gefahren ist, lässt man es häufig nicht an einem Ort stehen, sondern bewegt sich damit – falls man Dinge an mehreren Stellen zu erledigen hat, von einem Ort zum nächsten. Adliswil unterstützt diese Form der Mobilität, weil das Angebot für Kurzzeitparken im Zentrum sehr gut ist - dies sogar, wenn man nur die oberirdischen Parkplätze berücksichtigt. Der starke Anteil des motorisierten Individualverkehrs vermindert aber die Lebens- und Aufenthaltsqualität im innerörtlichen Bereich.

Ich würde deshalb gerne an den Stadtrat appellieren, nicht nur ein Nutzungskonzept für die Tiefgarage zu erstellen, sondern eine Erhebung der Zahl der öffentlichen und privaten Parkplätze im gesamten Stadtgebiet vorzunehmen. In einem weiteren Schritt könnte eine Erhebung des Modalsplits beim Verkehr in Adliswil, also des Verkehrsverhaltens der Adliswiler Bevölkerung, folgen.

Auf dieser Grundlage könnten Mobilitätsziele definiert werden, um den Anteil von Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr zu steigern. Darauf aufbauend könnte man die Entwicklung der Verkehrswege, die Zahl von Veloparkplätzen und das Angebot an Parkplätzen für private Nutzer wie auch für Car-Sharing-Angebote planen.

Für Neu- und Umbauten ist eine Mindestzahl an Parkplätzen vorgeschrieben. Es wäre interessant zu wissen, in welchem Umfang diese Plätze tatsächlich genutzt werden. Die Gemeinden haben bei der Festlegung ihrer BZOs gemäss § 242 PBG einen ausreichenden Spielraum, um den Parkplatzbedarf bei Um- und Neubauten - unter anderem unter Berücksichtigung der Erschliessung mit ÖV - zu reduzieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die in der Antwort des Stadtrates angesprochene Förderung der E-Mobilität sowohl bei Zweirädern als auch bei Autos. Dazu wird ein ausreichendes Angebot an Ladestationen benötigt, für e-Bikes beispielsweise an den drei Bahnhöfen in Adliswil. Für Autos mit E-Antrieb sollte eine ausreichende Zahl an Ladestationen in den öffentlichen Tiefgaragen vorhanden sein. Ein städtisches Förderprogramm könnte zudem Anreize für Eigentümer von Mietshäusern schaffen, an den eigenen Parkplätzen Ladestationen für ihre Mieter bereitzustellen.

Ich will an dieser Stelle nicht versäumen zu erwähnen, dass zur Verbesserung des öffentlichen Mobilitätsangebotes ein Rufbus eine ideale Lösung darstellt. Bedauerlicherweise sind entsprechende Vorschläge dazu hier im Rat in den letzten Jahren aus Kostengründen gescheitert. Ein zukunftsgerichtetes Mobilitätskonzept sollte den Rufbus aber nicht für alle Zeiten ausblenden.

Die SP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats mit Freuden.
Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) bedankte sich für die Anregungen, die sie soweit möglich aufnehmen will, und informierte darüber, dass die Stadt gerade ein umfassendes Parkkonzept erarbeite. Da kein Gegenantrag gestellt wurde, war die Überweisung des Postulats beschlossen.

Abfalltrennung bei öffentlichen Veranstaltungen und in öffentlichen Gebäuden
Ein weiteres Postulat, eingereicht von Bernie Corrodi (FW), Kanny Muthuthamby (SP) und Pascal Welti (Grüne), forderten den Stadtrat auf anzuordnen, dass bei öffentlichen Anlässen und in allen öffentlichen Gebäuden eine Abfalltrennung nach Werkstoffen, eine sachgerechte Entsorgung alle Abfälle und ein Pfandsystem für wiederverwendbares Geschirr eingesetzt werden. Bernie Corrodi (FW) unterstrich in seinem Votum, dass die Augustfeier im letzten Jahr gezeigt hätte, dass eine Umsetzung möglich ist. Er liess den Einwand nicht gelten, dass zu viele Vorschriften die Vereine von der Durchführung öffentlicher Anlässe abhalten würde.
Heinz Geissler (FDP) unterstützte die Idee der Abfalltrennung. Er war gegenüber zusätzlichen Forderungen an Veranstalter jedoch skeptisch eingestellt. Als Nachteil eines Pfandsystems bezeichnete er die notwendige Diebstahlsicherung für Geschirr.
Kanny Muthuthamby (SP) vertrat die Ansicht, dass die Stadt bei der Genehmigung und bei der Vermietung ihrer Festbänke durchaus Bedingungen an die Veranstalter stellen könne. Im Zusammenhang mit der Abfalltrennung erinnerte er an seine Ablehnung der Eintrittsgebühr für die Abfallsammelstellen und kündigte einen neuen Vorstoss dazu an. Pascal Welti bemängelte, dass es von Seiten der städtischen Stellen zu wenig Informationen und Unterstützung für die Veranstalter gebe. Er schlug eine Anpassung der Anmeldeformulare vor, die um eine Checkliste erweitert werden sollten.
Stadtrat Mario Senn (FDP) bestätigte, dass die Abfalltrennung für alle Veranstaltungen gelten sollen. Mit neuen Vorschriften wolle man die Sauberkeit bei Anlässen, die Abfalltrennung und die Vermeidung von Plastikabfällen verbessern. Auch bei diesem Postulat wurde kein Gegenantrag gestellt, so dass die Überweisung an den Stadtrat erfolgte.

Am Ende der Sitzung wurde Hanspeter Clesle (EVP) nach 15 Jahren der Zugehörigkeit zum Grossen Gemeinderat verabschiedet.

Die Gemeinderatssitzung endete schon vor 21 Uhr.